

Rüdiger Klasen  
Wittenburgerstr.10  
**19243 Püttelkow**

11.09. 2014

**Landgericht Berlin  
Littenstraße 12-17  
10179 Berlin**

### **Ausgeschlossene Person Kraft Gesetzes wegen Grundrechteverletzung**

Bezug: Beschluss vom 03.09.2014 mit Geschäfts- Zeichen: 57 T 90/14 Abl zum AZ: 11 C 67/14 Amtsgericht Spandau - Antrag auf Einleitung eines Prüfungsverfahrens gegen Richter Herr Dr. Kunkler vom Landgericht Berlin

Sehr geehrter Herr Dr. Kunkler

Ihr Anliegen werde und kann ich wegen Ihrer Grundrechteverletzungen nach Artikel 139 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland nicht befolgen. Was heute unrecht ist, darf ich als Befehlsempfänger nicht ausführen.

Siehe dazu den DDR- Schießbefehl - verurteilte Befehlsempfänger.

Der Artikel 139 Grundgesetz für die BRD hat Bindewirkung für alle deutschen Gerichte und Verwaltungsinstanzen.

1.1945 Alliierte Streitkräfte SHAEF Gesetz Nr. 1 Artikel 1

1) Die folgenden nationalsozialistischen Grundgesetze, die seit 30. Januar 1933 eingeführt wurden, sowie sämtliche Ergänzungs- und Ausführungsgesetze, Vorschriften und Bestimmungen, verlieren hiermit ihre Wirksamkeit.

2. Kontrollratsgesetz Nr. 1 Ausrottung der Nazigesetze vom 20. September 1945

3. Das Urteil Tribunal General 06.01.1947 ist für alle deutschen Gerichte und Verwaltungsinstanzen bindend. Die Verordnung vom 05.02.1934 über die deutsche Staatsangehörigkeit R=StAG ist mit der militärischen Kapitulation des 3. Reiches

Nicht ersatzlos untergegangen.

Die deutsche Staatsangehörigkeit mit der Glaubhaftmachung \*DEUTSCH\* von Adolf Hitler wurde 1945 im verbliebenden deutschen Staatsgebiet NICHT beseitigt. (*Amtsblatt für Schleswig Holstein 29.06. 1946 Nr. 3 Jahrgang 1, Staatsgesetzblatt für die Republik Österreich vom 14.07.1945, Ausweisdokumente der BRD*)

Zweites Gesetz über die Bereinigung von Bundesrecht vom 23.11.2007 Art. 4 § 3

bleiben von der Aufhebung unberührt und bestehen fort. 26. Mai 1952 Gemäß Art. 139 GG sind der Bundesgesetzgeber, die Bundesbehörden und die Gerichte einschließlich des BundesGrundGesetzGerichtes auf Dauer gehindert, die Auflagen der Alliierten zu ändern oder aufzuheben.

Der Artikel 116 Grundgesetz verstößt gegen Artikel 139 Grundgesetz.

Die Rechtslage für die Bundesrepublik Deutschland hat sich am 08.12.2010 durch Beseitigung der Reichsangehörigkeit von 1934 geändert. Jeder Deutsche ist in der Bundesrepublik Deutschland seit dem 08.12.2010 staatenlos und durch die unmittelbare Unionsbürgerschaft doppelt staatenlos!

Der geheime Staatsstreich: Am 8.12.2010 erfolgt ein geheimer Staatsstreich der Bundesrepublik Deutschland, die auch eine Urkundenfälschung (Datumfälschung zur Täuschung: 05.02.1934 auf dem 22.07.1913 geändert) im Staatsangehörigkeitsgesetz beinhaltet. Desweiteren wurde am 08.12.2010 das Fundament der deutschen Staatsangehörigkeit, die (*unmittelbare*) Reichsangehörigkeit beseitigt. Die unmittelbare Reichsangehörigkeit ist die unmittelbare deutsche Staatsangehörigkeit - beides ist ein und dasselbe. siehe dazu Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG 1913) BGBl. S. 1864 08.12.2010 Bundesgesetzblatt Teil III vom 01. August 1959 + unmittelbare Unionsangehörigkeit = Welt -Bürgerschaft – Unionsbürger Christoph Schönberger)

Der Artikel 16 Grundgesetz wurde am 08.12.2010 durch täuschen beseitigt.

Hiermit fordere ich Sie auf pflichtgemäß die Grundrechteverletzung aufzuheben und sich selbst in Moskau anzuzeigen. Sollten Sie das unterlassen, muß/ werde ich den Vorgang pflichtgemäß laut Artikel 139 Grundgesetz bei der bis heute für die BRD zuständige alliierte Hohen Hand- dem Hauptmilitärstaatsanwalt bei der Generalstaatsanwaltschaft der russischen Föderation in Moskau anzeigen.

Mit freundlichen Grüßen  
Rüdiger Klasen